

Newsletter Sektion Politische Psychologie, November 2021

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES

1. **Landesfrauenrat Thüringen: Wahlprüfbeschwerde Parität**
2. **Erklärung: „Gemeinsam gegen Sexismus und sexuell Belästigung“**
3. **Artikel in *The New York Times*: Centers for Disease Control and Prevention haben in den USA Personen mit psychischen Erkrankungen auf die Liste der Risikogruppen gesetzt**
4. **Deutscher Frauenrat hat parlamentarisches Frühstück zum Start der Koalitionsverhandlungen veranstaltet**

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. **Pressemitteilung: Forderungen der Deutschen Gesellschaft für Psychologie an die zukünftige Regierung**
2. **Pressemitteilung BGA: Pflege Grundsätzlich reformieren!**
3. **Offener Brief: Deutscher Juristinnenbund und andere Verbände fordern die sich bildende Regierung auf, die Vielfalt von Umgangsmodellen beizubehalten**
4. **Offener Brief des Deutschen Frauenrats an die Ampel-Koalition: Progressive Gleichstellungspolitik gehört ganz oben auf die Agenda**
5. **Leitfaden der Deutschen Gesellschaft für Psychologie: Was tun bei Angst vor Nebenwirkungen der Corona-Impfung?**

AKTUELLES

1. Landesfrauenrat Thüringen: Wahlprüfbeschwerde Parität

Der Landesfrauenrat Thüringen fordert gemeinsam mit *Parité in den Parlamenten e.V.* zum **Einspruch beim Deutschen Bundestag** auf: Der **Anteil an Parlamentarierinnen** sei mit 34,7% **zu gering**, eine Paritätsregelung müsse her. Die meisten Parteien würden ohne eine Regelung weiterhin Frauen mangelhaft nominieren.

Der Aufruf zum Einspruch und alle zugehörigen Informationen finden sich ausführlich auf der Website des Landesfrauenrat Thüringen: <https://landesfrauenrat-thueringen.de/aktionen/wahlpruefbeschwerde/>

2. Erklärung: „Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung“

Die Initiative „Stärker als Gewalt“ und die „Dialogforen gegen Sexismus“ haben eine **Erklärung gegen Sexismus und sexuelle Belästigung** erarbeitet und am 26.10 an die Öffentlichkeit weitergegeben. Die unterzeichnenden erklären, sich für eine Kultur zu engagieren, in der sexualisierte Gewalt und Sexismus gegen Frauen keinen Platz findet. Sie wollen besonders **Führungskräfte** in Unternehmen für ihre **Verantwortung sensibilisieren** und **Frauen** den Zugang in die **Kultur- und Medienbranche** zu erleichtern. Zudem wollen sie **Beschwerdestellen** spezifisch für sexuelle Belästigung einrichten.

Zu den Erstunterzeichnenden zählen Mitglieder des *Deutschen Frauenrats*, Bundesfrauen- und Justizministerin Christine Lambrecht und Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der

Die Erklärung und eine Möglichkeit zum Unterzeichnen der Erklärung findet sich unter diesem Link: <https://www.dialogforen-gegen-sexismus.de/gemeinsame-erklaerung-gegen-sexismus>

3. Artikel in *The New York Times*: Centers for Disease Control and Prevention haben in den USA Personen mit psychischen Erkrankungen auf die Liste der Risikogruppen gesetzt

In Deutschland gehören Personen mit bestimmten psychischen Krankheiten schon lange zu den Corona-Risikogruppen, die beispielsweise bei Covid-19 Impfungen zu priorisieren sind. Nun ziehen auch die USA nach. Weil Studien einen Zusammenhang zwischen bestimmten psychischen Erkrankungen und Hospitalisierungen im Zusammenhang mit Covid feststellen konnten, werden nun in den USA seit Anfang November auch **psychisch Erkrankte** bei den sogenannten „Booster Shots“, den **Corona-Drittimpfungen priorisiert**.

„We need to think about and treat mental illnesses in the same way we treat physical illnesses“, „Wir müssen psychische Erkrankungen so behandeln, wie wir auch physische Erkrankungen behandeln“ sagt Arthur C. Evans Jr., der CEO der *American Psychological Association*, im Gespräch mit der *New York Times*.

Mehr Informationen zur Aktualisierung der Liste der Corona-Risikogruppen und dem generellen Pandemiegeschehen in den USA finden sich in diesem regelmäßig aktualisierten Artikel der *New York Times*: <https://www.nytimes.com/live/2021/10/28/world/covid-vaccine-boosters>

4. Deutscher Frauenrat hat parlamentarisches Frühstück zum Start der Koalitionsverhandlungen veranstaltet

Am 27. Oktober **begannen** die **Koalitionsverhandlungen** zwischen der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Detail. Pünktlich zum Start hatte der *Deutsche Frauenrat* zu einem **parlamentarischen Frühstück** geladen, das gut besucht wurde.

Die Vorsitzende des DF Dr. Beate von Miquel hat dort erneut klar gemacht, dass der Rat **Gleichstellungspolitik** als Querschnittsthema in allen Ressorts verlangt. Der **Koalitionsvertrag** müsse dieses Thema als einen seiner **zentralen Themen** behandeln. Umverteilung der Sorgearbeit, geschlechtergerechte Digitalisierung, Parität und geschlechtergerechte Klimapolitik gehören zu den aktuellen Anliegen des DF.

Diese Anliegen sind hier ausführlich aufgearbeitet worden: https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2021/08/DF-Wahlforderungen_FINAL.pdf

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. Pressemitteilung: Forderungen der *Deutschen Gesellschaft für Psychologie* an die zukünftige Regierung

Anlässlich der laufenden Erarbeitungen des **Koalitionsvertrages** haben der Vorstand der *Deutschen Gesellschaft für Psychologie* und die Leitung des *Fakultätentages Psychologie* sich Anfang November an die Politiker und Mitglieder unterschiedlicher Koalitionsarbeitsgruppen gewendet. Sie haben in ihren Schreiben einige aus der Sicht der Psychologie als Wissenschaft und Profession notwendige Gesetzes- und Verwaltungsänderungen dargelegt.

Die Vertreter*innen von DGPs und FTPs fordern **Psychologie** an die **Schulen** zu bringen: Lehrkräfte sollten psychologisch geschult und Schulpsycholog*innen fester im System verankert werden. Auch Psychologie als Schulfach könnte eine sinnvolle Ergänzung der schulischen Bildung sein und solle etabliert werden.

Außerdem sollten Betriebsärzt*innen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit offiziell durch **Arbeits- und Organisationspsycholog*innen** und andere Fachkräfte aus diesem Bereich beraten werden, um **psychische Belastungen am Arbeitsplatz** in Zukunft zutreffender **einschätzbar** zu machen.

Zudem ist es den Vertreter*innen von FTPs und DGPs ein Anliegen, dass ein **digitales Kinder- und Jugendlichenpanel** eingerichtet wird, um die psychische Gesundheit der Heranwachsenden in Zukunft besser erfassen zu können. Spätestens die Pandemie habe gezeigt, dass in Deutschland mehr für die psychische Gesundheit junger Menschen getan werden müsse.

Weiterhin wollen sie, dass die **Berufsbezeichnung „Psycholog*in“** in Zukunft **geschützt** wird.

Schließlich fordern sie von der sich bildenden Koalition, die Bekämpfung von **gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** und **Extremismus** wissenschaftlicher anzugehen: Die Präventions- und Interventionsmaßnahmen des Bundes sollten stärker mit den Erkenntnissen aus der Psychologie und anderen Sozialwissenschaften verknüpft werden. Sie sind auch der Ansicht, dass der Etat zur Bekämpfung von Extremismus und Menschenfeindlichkeit vom Bund deutlich erhöht werden sollte.

Die vollständige Pressemitteilung mit den Forderungen der DGPs an die sich bildende Koalition findet sich unter diesem Link: <https://www.dgps.de/presse/pressemitteilungen/details/koalitionsverhandlungen-forderungen-aus-sicht-der-psychologie/>

2. Pressemitteilung BAG: Pflege Grundsätzlich reformieren!

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)** prangert schon seit Jahren die prekären **Zustände in der Pflege an**. Die Beschäftigten seien frustriert und fühlten sich von der Politik allein gelassen. Immer mehr Fachkräfte würden die Pflege verlassen. In der Bildung der **neuen Regierung** sieht die BAG eine **Chance**, die Pflege zu reformieren und als Berufsfeld attraktiver zu machen.

Die BAG betrachtet die **Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen** als einen **Grund für die Missstände** in der Pflege. Behandlungen profitorientierter zu gestalten bedeute, Pflegepersonal einzusparen, zu Lasten der verbleibenden Belegschaft und den Patient*innen.

Zudem müssten Pflegeberufe durch angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet werden.

Besonders die Corona-Krise zeige erneut: Die Arbeit der **Pflegekräfte** ist nicht nur systemrelevant, sondern **lebensrelevant**. Fast jede/r sei an irgendeinem Punkt in seinem Leben auf gute Pflege von Fachpersonal angewiesen.

Die vollständige Pressemitteilung hat die BGA auf ihrer Website unter diesem Link veröffentlicht: <https://www.frauenbeauftragte.org/pm-pflege-grunds%C3%A4tzlich-reformieren>

3. Offener Brief: *Deutscher Juristinnenbund* und andere Verbände fordern die sich bildende Regierung auf, die Vielfalt von Umgangsmodellen beizubehalten

In einem offenen Brief vom 11. November **fordern 14 Verbände**, darunter der *Deutsche Juristinnenbund*, dass in den laufenden **Koalitionsverhandlungen** festgelegt wird, die **Vielfalt der Umgangsmodelle für Trennungsfamilien beizubehalten**. Der Brief richtet sich an die SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Die Forderung der FDP, das Wechselmodell als Regelfall für die Betreuung von Kindern getrennter Eltern festzusetzen, lehnen die Verbände ab. Das Wechselmodell geht davon aus, dass beide getrennte Eltern das Kind zu (annähernd) gleichen Teilen betreuen. Das Kind wechselt regelmäßig zwischen den beiden Haushalten.

Die Verbände halten den Standardisierungsansatz der FDP nicht für der tatsächlichen Situation entsprechend. Das **Wechselmodell** sei **keinesfalls die Norm** und würde der Vielfalt von Umgangsmodellen in der Realität nicht entsprechen. Nur etwa 4% der Trennungsfamilien würden momentan ein solches paritätisches Umgangsmodell mit regelmäßigem Wechsel anwenden. Das Wechselmodell standardmäßig festzusetzen, würde zum Beispiel besonders

dann zu Problemen führen, wenn es zu Konflikten zwischen den Elternteilen kommt.

Zudem fordern die Verbände von der neuen Regierung die Einführung eines **Umgangsmehrbedarfs**, also einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung für Trennungsfamilien, weil es teurer ist, ein Kind in zwei Haushalten aufzuziehen, als nur in einem.

Unter folgendem Link ist der vollständige offene Brief einsehbar:
<https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/st21-21>

Auf der Website des Deutschen Juristinnenbunds findet sich außerdem eine Zusammenfassung der Forderungen:
<https://195251.seu2.cleverreach.com/m/13144550/651328-02487cd59cd253454c2b0e977682fd011a55c502a1cf25f5de49a5d8ccaf6bf66125327244749532962cc0fa09cd2463>

4. Offener Brief des *Deutschen Frauenrats* an die Ampel-Koalition: Progressive Gleichstellungspolitik gehört ganz oben auf die Agenda

In einem offenen Brief an Bündnis 90/Die Grünen, die SDP und die FDP forderte der *Deutsche Frauenrat* am 12. November, dass **progressive Gleichstellungspolitik** in der sich bildenden **Regierung priorisiert** wird. Die Parteien hätten diesbezüglich im Wahlkampf und unter anderem in den „Küchengesprächen“ des *Deutschen Frauenrats* **Versprechungen** gemacht. Die Gelegenheit, diese **umzusetzen** sei nun da und müsse genutzt werden.

Dr. Beate von Miquel, die Vorsitzende des *Deutschen Frauenrats* ist überzeugt davon, dass die Verankerung von Gleichstellungspolitik im Koalitionsvertrag eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft ist.

Die Pressemitteilung des DF mit dem Wortlaut des Briefes ist hier zu lesen: <https://www.frauenrat.de/offener-brief-kurs-halten-fuer-eine-progressive-gleichstellungspolitik/>

Zu den „Küchengesprächen“, in denen Spitzenkandidat*innen der großen Parteien vor der Wahl ihre gleichstellungspolitischen Positionen und Pläne dargelegt haben, gelangt man über diesen Link: <https://www.frauenrat.de/tag/df-kuechengespraech/>

5. Leitfaden der *Deutschen Gesellschaft für Psychologie*: Was tun bei Angst vor Nebenwirkungen der Corona-Impfung?

Die *Deutsche Gesellschaft für Psychologie* hat auf ihrer Website **Informationen über die Corona-Impfung** zusammengetragen, die besonders Skeptiker*innen ausführlicher aufklären können. Die häufigsten **Zweifel**, die Impfskeptiker*innen an der Corona-Impfung haben, werden dort **angegangen**.

Die DGPs erläutert unter anderem, dass die Corona-Impfstoffe nicht nur nicht zu wenig untersucht sind, sondern dass ihre Wirkung mit einer Versuchsgruppe von über 40 000 Personen getestet und sorgfältig beobachtet wurde. Bei anderen Impfstoffen umfassten die Versuchsgruppen zum Vergleich selten 1000 Menschen, meistens sogar weniger.

Die DGPs betont auch, dass Ängste völlig normal seien, man sich von ihnen aber nicht dominieren lassen dürfe. Sie empfiehlt, bei der Informationssuche auf vielfältige, aber verlässliche Quellen zu setzen.

Der Beitrag, der über die häufigsten Zweifel von Corona Impfskeptiker*innen aufklärt, findet sich hier: <https://psychologische-coronahilfe.de/beitrag/corona-impfung-was-tun-bei-angst-vor-nebenwirkungen/#toggle-id-8>

Zu der Website hat Kollege **Dr. Rudolf Günther** der DGPs noch einige **ergänzende Anregungen** zukommen lassen. Er hielt es für sinnvoll, auf der Website auf konkrete Studien zu verweisen, die sich mit der Pandemie beschäftigen. Auch aus der Psychologie ließen sich hier interessante und relevante Belege konkreter einbauen.

Sollte die DGPs das etwa in Form einer Link-Plattform o.Ä. tun, bringt Günther den Gedanken an, dabei auch hierzulande noch seltener beachtete empirische Studien aus Indien zu berücksichtigen.

Zudem könnte man fach- und berufspolitisch prüfen, ob der in medizinischen Praxisfeldern verfolgte Ausbau von telemedizinischen Ansätzen auch für einige Psycholog*innen hilfreiche Perspektiven für ihre Arbeit bietet.

